

Neujahrsempfang des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins

Rede von Daniel Zimmermann vom 10.01.2010

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Heymann,

als wir beide kurz vor Weihnachten über diesen Neujahrsempfang gesprochen haben, haben wir uns darauf geeinigt, dass kein Krawattenzwang herrscht. Wie ich sehe, haben wir uns beide daran gehalten.

Ich freue mich sehr über Ihre Einladung und darüber hier sprechen zu können. Das ist keine Floskel, sondern ernst gemeint, denn wenn es um strittige Baumberger Themen gibt, dann legt der BAB den Finger in die Wunde. Dass er das tut und dass auch Sie, lieber Herr Heymann, an der Spitze des BAB kein Blatt vor den Mund nehmen, dafür ist der Bürgerverein bekannt und ich glaube dafür schätzen ihn die Baumbergerinnen und Baumberger auch.

Der BAB hat sich seit seiner Gründung vor gut 48 Jahren eben immer auch im besten Sinne politisch betätigt. Das Wort „politisch“ hat an dieser Stelle nichts zu tun mit „parteilich“ zu tun, sondern mit der öffentlichen Einflussnahme für Baumberger Belange. Erhalten Sie sich diese politische Vereinskultur. Neben Aktivitäten wie der Sonnwendfeier, der Rheinufersäuberung oder Ihrem Einsatz rund um den Dorfplatz und das Baumberger Stadtbild im Allgemeinen gehört auch diese politische Komponente zum BAB als einem starken und lebendigen Bürgerverein.

Neujahrsempfänge sind immer ein Anlass einen Blick zurück ins alte Jahr und natürlich den Blick voraus ins neue Jahr zu werfen.

IMR

Ein großes Thema, das das vergangene Jahr bestimmt hat und uns auch im neuen Jahr noch beschäftigen wird, ist sicherlich die Entwicklung im Rheinpark mit dem Stichwort IMR.

Der Zeitung haben Sie entnommen, was eigentlich vertraulicher Gegenstand der Verhandlungen sein sollte. Der Rat der Stadt hat IMR ein Vergleichsangebot gemacht. Ich habe mich darüber geärgert, dass die Zeitungen so freimütig über das Angebot und insbesondere auch die genauen Summen berichtet haben, kann aber mittlerweile sagen, dass unsere Verhandlungsposition gegenüber IMR dadurch nicht geschwächt worden ist.

Vom Gesamtbetrag, der im Raum steht betreffen rund 60 Prozent eine von IMR bereits getätigte Anzahlung auf den Kaufpreis, rund ein Drittel entfallen auf die so genannten Bodenverbessernden Maßnahmen. Beide Posten stellen Werte dar, die bei einer Rückübertragung des Grundstücks nicht verloren wären, sondern in das Vermögen unserer Stadtentwicklungsgesellschaft einfließen würden. Die restlichen 10 Prozent sollen dann vorhandene Kosten für Gutachter, den Notare und das Grundstücksgeschäft selbst abgelten.

IMR selbst, auch das haben Sie der Zeitung entnommen, hat bisher ganz andere Summen eingefordert und droht außerdem immer wieder mit einer Schadensersatzforderung auf entgangene Gewinne. Das sind Forderungen, die die Stadt nicht erfüllen wird, auch nicht erfüllen kann. Wir wollen für IMR aber eine faire Lösung finden.

In den letzten Wochen vor Weihnachten hat sich dann eine Entwicklung ergeben, die ich aus Sicht der Stadt nur als sehr erfreulich bezeichnen kann: Die Bezirksregierung hat den IMR-Antrag auf Genehmigung der geplanten Schredderanlage abgelehnt. Diese Ablehnung ist zwar in erster Linie durch die von der Stadt erlassene Veränderungssperre begründet. In ihrem Ablehnungsbescheid stellt die Bezirksregierung jedoch sehr deutlich fest, dass auch nach altem Baurecht keine Möglichkeit zur Genehmigung der Schredderanlage bestanden hätte. Damit stützt die Bezirksregierung die Position der Stadt ganz enorm. Wenn wir feststellen, dass das Rheinpark-Gelände in den letzten Jahren eine Entwicklung weg vom Industriegebiet hin zum Gewerbegebiet gemacht hat und wenn wir feststellen, dass die geplante Schredderanlage sich dort in keiner Weise einfügt, dann war es im Sinne der Bestandspflege für die vorhandenen Unternehmen und auch für die weitere Entwicklung des Rheinparks eine gute Entscheidung, die Planungsziele für das Gebiet neu zu justieren und auch eine Änderung des Bebauungsplans auf den Weg zu bringen. Dass nun auch die Bezirksregierung die Position vertritt, dass schon vor Einleitung des Bebauungsplanverfahrens für IMR kein Baurecht bestanden habe, weil die geplante Anlage auch nicht mit den ursprünglichen Festsetzungen verträglich war, stützt die Position der Stadt ganz erheblich.

Die Voraussetzungen für eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetzes liegen weder zurzeit vor, noch lagen sie vor der denkwürdigen Ratssitzung im Februar 2009 nicht vor.

Der Ablehnungsbescheid der Bezirksregierung versetzt uns damit in eine recht gute Verhandlungsposition. Wenn IMR das Grundstück an die Stadt zurückgibt, wird es schwer auch noch entgangenen Gewinn als Schadensersatz geltend zu machen.

Erst einmal müsste IMR eine gerichtliche Aufhebung des Bescheids der Bezirksregierung erwirken. Erst dann könnte IMR in einem zweiten Verfahren an die Stadt herantreten. Ich bin optimistisch, dass wir das Verfahren zu einem guten Ende bringen werden.

Das Ziel liegt allerdings nicht nur darin, überhöhte Schadensersatzforderungen abzuwehren, sondern natürlich auch darin, das Gelände so bald wie möglich wieder zu vermarkten.

Für den Rheinpark wäre das eine wichtige Perspektive. Die wenigen verbleibenden Flächen und vor allem natürlich die IMR-Fläche wollen wir so bald wie möglich auch noch an die entsprechenden Interessenten bringen. Ich hoffe sehr, dass im neuen Jahr die richtigen Schritte in diese Richtung gelingen.

Baumberg-Ost

2010 ist auch das Jahr, in dem eigentlich in Baumberg-Ost die Bagger rollen sollten. „Die Bulldozer sind schon betankt“, hat mein Vorgänger immer wieder gerne gesagt.

Die Mehrheitsverhältnisse im Rat haben sich in dieser Frage jedoch verändert. Ich sage Ihnen: Wir wollen nicht alles und nicht alles sofort bebauen.

Natürlich ist es richtig, dass statistisch gesehen, der Wohnflächenbedarf je Einwohner kontinuierlich wächst. Eine Stadt, die nicht schrumpfen möchte, muss immer wieder die ein oder andere Baufläche ausweisen können. Zuallererst sollte das meiner Meinung nach aber im Innenbereich erfolgen. Die Baugebiete „Zum Hinterfeld“ und „Am Steinacker“ sind dafür gelungene Beispiele, aber auch das Brauereigelände in Monheim oder die Fläche „Im Rosengarten“.

Groben Flächenfraß in Baumberg-Ost zu verhindern, ist meiner Meinung nach übrigens auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir sollten nicht jetzt schon die letzten Entwicklungsmöglichkeiten im Außenbereich verbauen. Auch die nächste Generation sollte in 20 oder 30 Jahren noch Entscheidungsspielraum haben, um neue Flächen ausweisen zu können.

Auf den Feldern östlich der Bregenzer Straße sollten zur Autobahn hin auf 15 Hektar Land rund 500 Wohneinheiten gebaut werden. Selbst Bauunternehmer sagen, dass es schwierig bis unmöglich wäre, so eine große Fläche innerhalb kurzer Zeit an die Käufer zu bringen.

Langfristige Entwicklung heißt deshalb das Stichwort, dem wir uns verpflichtet fühlen. Einen ersten kleinen Bauabschnitt halte ich in naher Zukunft für möglich. Gemeinsam mit so einer Entscheidung muss dem Projekt aber eine zeitliche Perspektive gegeben werden, die auch noch in 20 und in 30 Jahren Wachstumsentscheidungen möglich macht. Eben nicht alles und nicht alles sofort. Das ist das, was wir vor der Wahl gesagt haben, daran halten wir fest.

Sportstättenkonzept

Fest halte ich auch an dem, was meine Fraktionskollegen und ich vor der Wahl im Stadtrat zu Thema Sportstättenkonzept gesagt haben.

Die bestehenden Anlagen sollen in ihrer dezentralen Struktur erhalten bleiben. Wir wollen nicht, dass die Bezirkssportanlage im Baumberger Osten oder das Jahnstadion in der Mitte Monheims verschwinden, um dann alle Aktivitäten am Kielsgraben zu bündeln. Das Konzept der Konzentration auf nur einen großen Standort, wäre nicht im Interesse der Sportvereine gewesen. Im Interesse der Sportvereine stehen gut ausgestattete, Wohnort nahe Anlagen. Bisher ist argumentiert worden, gut ausgestattete Sportanlagen aufgeben.

Ich sage Ihnen – dabei spreche ich für alle drei Fraktion, die für den Erhalt der Sportplätze plädieren –, wir wollen Sportanlagen, auf denen die Vereine das finden, was sie brauchen. Und dazu wollen wir Sportanlagen an ihren angestammten Plätzen erhalten.

Eine besondere Situation ergibt sich natürlich für den Sportplatz am Kielsgraben. Wenn die Auskiesung wie geplant voranschreitet, wird dieser Platz abgerissen werden müssen. Mir ist schleierhaft, wie man ihn an dieser Stelle überhaupt bauen konnte. Dass irgendwann um das Jahr 2011 die Kiesbagger kommen, war damals schon bekannt.

Selbstverständlich werden wir diesen Platz ersetzen. Die Kunstrasenflächen, von denen es zurzeit ja drei Stück im Stadtgebiet gibt, sind von den Fußballvereinen voll ausgelastet. Der Wegfall eines dieser drei Plätze wäre nicht zu verschmerzen. Schon vor der Wahl haben wir immer wieder gesagt, dass wir uns vorstellen können, diesen Platz in die Bezirkssportanlage zu integrieren, wo bisher nur auf Asche trainiert wird. Sowohl der Vorstand des BTSC als auch die Sportfreunde haben zum Ausdruck gebracht, dass sie sich den gemeinsamen Betrieb von Leichtathletik und Fußball in einer gemeinsamen Anlage nicht vorstellen können. Wir befinden uns in Gesprächen, um dieses Problem zu lösen.

Immer wieder wird dabei auch auf die Wurfdisziplinen verwiesen. Das führt allerdings etwas in die Irre. Speerwurf zum Beispiel ist auf dem Aschefeld der Bezirkssportanlage mit Sicherheit noch nicht betrieben worden. Davon gehen die Speere kaputt. Insofern ist es unerheblich, ob sich dort ein Aschefeld oder ein Kunstrasenplatz befindet. Die Baumberger Leichtathleten, die in diesen Bereichen für Wettkämpfe trainieren kooperieren mit der SG

Monheim in einer Startgemeinschaft und nutzen das Jahnstadion. Das wird auch weiterhin möglich sein.

Sie wissen, dass die städtischen Kassen leer sind. Insofern werden wir aus den vorhandenen Plätzen keine Arenen machen. Dass haben wir aber auch nie versprochen und dazu wäre auch das Konzept, das von der alten Mehrheit verfolgt wurde, nicht in der Lage gewesen.

Ich lasse mich jedenfalls nicht von einem einzelnen Leserbrief des Stadtsporthverbands, der am Mittwoch im Wochenanzeiger zu lesen war, oder von der Ungeduld der CDU unter Druck setzen. Der alte Bürgermeister und sein Mehrheitsfraktion hatten zehn Jahre Zeit ein Sportstättenkonzept umzusetzen. Ich bin jetzt seit etwas mehr als zehn Wochen im Amt.

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen, die zwischen den Fraktionen Ende Januar beginnen und die vor Ostern abgeschlossen sein sollen, werden wir alle erforderlichen Planungen vorlegen und dann die nötigen Beschlüsse fassen, damit auch in den nächsten Jahren in Monheim wie in Baumberg an möglichst vielen Orten und in gut ausgestatteten Anlagen vernünftig Sport getrieben werden kann.

CO-Pipeline

Lassen Sie mich als letztes Thema noch kurz die CO-Pipeline ansprechen. Sie war hier bei Neujahrsempfängen immer ein wichtiges Thema, gerade auch deshalb, weil wir mit dem Ehepaar Muhr zwei Kläger gegen die Pipeline haben, die aus Baumberg kommen.

Sie wissen, dass die Pipeline im Moment die Gerichte beschäftigt. Der derzeitige Verfahrensstand ist, dass beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf gerade technische sachverständige berufen werden, die die Sicherheit dieses Projekts beurteilen sollen.

Das Oberverwaltungsgericht hat ja in einem Eilverfahren beschlossen, dass die Pipeline zwar zu Ende gebaut, aber nicht in Betrieb gehen darf, bevor nicht das Hauptverfahren vor Gericht abgeschlossen ist.

Dieses Hauptverfahren befindet sich nun immer noch in der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf. Ich wage einfach mal die Prognose, dass es noch einige Zeit dauern wird, bis hier eine endgültige Entscheidung feststeht, denn nach dem Verwaltungsgericht wird mit Sicherheit noch das Oberverwaltungsgericht, danach das Bundesverwaltungsgericht entscheiden müssen. Anschließend bleibt immer noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen. Bis es soweit ist, kann es sicher noch fünf bis sechs Jahre dauern. Die Pipelinegegner entlang der Trasse zwischen Dormagen und Uerdingen werden also einen langen Atem brauchen. Klar ist aber auch: In den nächsten fünf bis sechs Jahren, also solange sich die Gerichte mit der Sache beschäftigen, wird die Pipeline nicht in Betrieb gehen können.

Allein die Tatsache, dass sich vor Gericht im Moment alles um die technischen Bedingungen des Pipelinebaus dreht und die eigentliche verfassungsrechtliche Frage, ob das Land überhaupt zugunsten eines privaten Unternehmens enteignen durfte, wenn das Gemeinwohl nicht ausreichend begründet ist, gar kein Thema ist, zeigt doch, dass Bayer im technischen Bereich größere Probleme hat, als immer wieder behauptet wird. Ich glaube kaum, dass die Pipeline eines Tages in Betrieb gehen wird, zumal da wieder neue Probleme aufgetaucht sind: Der Geologische Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen hat ein für Bayer und die Bezirksregierung ernüchterndes Gutachten über die Erdbebensicherheit der Anlage erstellt und es gibt erhebliche Versäumnisse bei der Kampfmittelräumung.

Schluss

Sie sehen also, die Pipeline wird uns noch über das Jahr 2010 hinaus beschäftigen, vielleicht sogar auf dem nächsten Neujahrsempfang des BAB.

Bis dahin wünsche ich Ihnen allen ein glückliches und von Erfolg wie Gesundheit geprägtes Jahr 2010 und dem BAB, dass er sich weiterhin so erfolgreich für Baumberg stark macht. Herzlichen Dank für die Einladung.